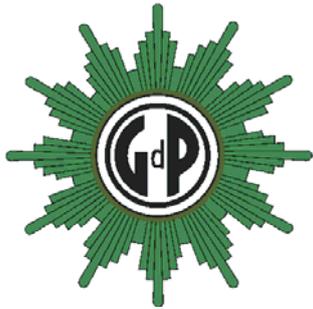


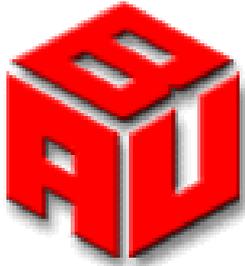


Spitzengespräch im Innenministerium zur Weiterentwicklung des Beteiligungsverfahrens



(v. l.: Rademaker (ISM), Gabler (GdP), Innenminister Bruch, Muscheid (DGB), Hess (ver.di), Scharbach (GdP), Hammer (GEW))

Am 20. April 2009 fand ein Spitzengespräch zwischen Innenminister Karl-Peter Bruch und Vertretern des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften im öffentlichen Dienst statt. Seitens des DGB nahmen an diesem Gespräch der DGB-Landesvorsitzende Dietmar Muscheid, der GEW Landesvorsitzende Klaus-Peter Hammer, der GdP Landesvorsitzende Ernst Scharbach, der stellvertretende GdP Landesvorsitzende Heinz-Werner Gabler, die stellvertretende Landesbezirksleiterin von ver.di Andrea Hess sowie Astrid Clauss (DGB) teil.



Ausgangspunkt für das vom DGB eingeforderte Spitzengespräch sind die nach der Föderalismus-Reform I veränderten Rahmenbedingungen. In diesem Zusammenhang hat die Landeskommision für Beamtinnen und Beamte u. a. einen Entwurf zu einem neuen Landesbeamtengesetz diskutiert und erneut „Verhandeln statt Verordnen“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Der DGB-Landesvorsitzende Muscheid erklärte hierzu im Gespräch, das Land Rheinland-Pfalz müsse seine neu gewonnenen Spielräume im Sinne einer Ausweitung der Verhandlungs- und Vereinbarungsmöglichkeiten nutzen. Der Innenminister wies insbesondere auf die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen hin, signalisierte aber gleichzeitig Gesprächs- und Diskussionsbereitschaft.

Es wurde verabredet, auf der Fachebene sowohl die Spielräume für eine Vereinbarung gemäß § 53 BeamtStG (Abläufe des derzeit gültigen Beteiligungsverfahrens) als auch die Möglichkeiten für die Weiterentwicklung des Beteiligungsverfahrens im Sinne von „Verhandeln statt Verordnen“ auszuloten. Die Vereinbarung gemäß § 53 BeamtStG soll möglichst schnell erarbeitet werden, damit für die anstehenden Beteiligungsverfahren auf beiden Seiten Planungssicherheit besteht. Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Beteiligungsrechte soll u. a. über die Möglichkeit einer „Experimentierklausel“ nachgedacht werden.



Beamtinnen und Beamte im DGB Rheinland-Pfalz